



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 21.12.2009

Niederschrift

über die **1. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 01.12.2009, 16:08 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	(bis 16.38 Uhr)
Frau Hildburg Holländer	CDU	(für RM Bartsch)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke	
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	(ab 16:08 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln
Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und 23 der Hauptsatzung

Herr Selahattin Toprakci

Verwaltung

Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Johannes Keulen	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt
Frau Claudia Ziegert	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
stellv. Frau Marianne Michels	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD
------------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 1. Sitzung des Verkehrsausschusses in der neuen Wahlperiode 2009 – 2014 und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.2. Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen
 Ausbauplanung Gregor-Mendel-Ring/Belvederestraße
 4830/2009
 Tischvorlage

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.11.2009 betreffend
 Ortsumgehung Meschenich
 AN/1849/2009
 Tischvorlage

- 4.11 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
 hier: Umgestaltung Venloer Straße (Innere Kanalstraße - Ehrenfeldgürtel)
 4863/2009
 Tischvorlage

- 5.5 207. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
 vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
 4605/2009
 I. Durchgang

- 5.6 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8
 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflächen
 und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000 Venloer Straße,
 Umgestaltung sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
 des Finanzplanes
 4720/2009
 Tischvorlage

- 5.7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier:
 Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-
 1201-1-5607 - Severinstraße, Umgestaltung
 4780/2009
 Tischvorlage

- 7.4 Prioritätenliste Fahrgastunterstände - Aktualisierung
 4898/2009

- 7.5 Aktionsplan urbane Mobilität der EU-Kommission
 4624/2009

- 7.6 Busführung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz
 4879/2009

- 7.7 Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Ehrenfeldgürtel und Innere Kanalstraße,
I. Bauabschnitt von Ehrenfeldgürtel bis Piusstraße/Fuchsstraße
hier: Planungsänderung zu Gunsten von zusätzlichen Außengastronomieflächen
4564/2009
Tischvorlage

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die **Beratungsfolge** der Vorlage unter TOP

- 4.5 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring
3249/2009

um den Ausschuss Umwelt und Grün am 03.12.2009 ergänzt wurde.

RM Tull beantragt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage

- 4.2 Sperrung Drehbrücke – Deutzer Hafen
1854/2009

nochmals zu **vertagen**, da noch Beratungsbedarf über den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung bestehe.

RM dos Santos Herrmann führt aus, dass die SPD-Fraktion diesem zwar zustimmen könne; es sei jedoch jahrelanger Usus, einen Vertagungsantrag nicht abzulehnen.

Für die CDU-Fraktion weist RM Möring befremdet darauf hin, dass die Beschlussfassung bereits mehrfach vertagt wurde und zudem ein Ortstermin mit allen Beteiligten durchgeführt wurde; es seien daher alle Argumente abgewogen und ausgetauscht worden.

SB Schiele schließt sich seinem Vorredner an; die neue Beschlussempfehlung der Verwaltung stelle einen guten Kompromiss dar.

Auch RM Kirchmeyer hält die Fakten und Aussagen nunmehr für relativ eindeutig; ablehnen werde sie den Vertagungsantrag jedoch nicht.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung:

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die Fraktion pro Köln.

Demzufolge beschließt der Ausschuss folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Verkehrsausschuss
4473/2009

B Verpflichtung von sachkundigen Einwohner und Einwohnerinnen sowie Bürgern und Bürgerinnen

C Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.10.2009 betreffend
Verkehrliche Optimierung im Severinsviertel
AN/1528/2009

Stellungnahme der Verwaltung
4296/2009

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2009 betreffend
Ausbauplanung Gregor-Mendel-Ring/Belvedere-Str.
AN/1707/2009

Stellungnahme der Verwaltung
4830/2009

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.11.2009 betreffend
Ortsumgehung Meschenich
AN/1849/2009

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Busnetzplan 2009 Meschenich
4085/2009

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67480/03 - Clouth-Gelände in Köln-Nippes
hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.12.2008,
TOP 3.1
0295/2009

4.2 Sperrung Drehbrücke - Deutzer Hafen
1854/2009
- vertagt -

- 4.3 Südliche Ringe Süd
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Knoten Ubierring/Alteburger Straße und Ubierring/Mainzer Straße
0063/2009
- 4.4 Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Emdener Straße
5374/2008
- 4.5 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring
3249/2009
- 4.6 Car-Sharing-Plätze im öffentlichen Raum
5678/2008
- 4.7 Optimierung der Fußgänger- und Radfahrersignalisierung an den Lichtsignalanlagen Rheinauhafen
3238/2009
- 4.8 Machbarkeit einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke im Bereich des Bahnübergangs an der Porzer Ringstraße in Köln-Porz-Westhoven
3274/2009
- 4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Umgestaltung Severinstraße
4242/2009
- 4.10 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, rechtsrheinische Rampe, oberstromseitige Fuß- und Radwegbrücke
4682/2009
- 4.11 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Umgestaltung Venloer Straße (Innere Kanalstraße - Ehrenfeldgürtel)
4863/2009
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativstandortes
0811/2009
- 5.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen;
Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht
0370/2009

- 5.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen
1490/2009
- 5.4 Erneuerung von drei DB-Überbauten in der Deutz-Mülheimer Straße in Köln-
Deutz
4098/2009
- 5.5 207. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4605/2009
- 5.6 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8
Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflä-
chen und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000 Venloer Straße,
Umgestaltung sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
des Finanzplanes
4720/2009
- 5.7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier:
Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-
1201-1-5607 - Severinstraße, Umgestaltung
4780/2009
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Bebauung am Breslauer Platz
- Rahmenplanung-
2985/2009
- 7.2 Bebauung am Breslauer Platz
- Verzögerung des Projektes durch Umlegung von Leitungstrassen der DB AG
-
4339/2009
- 7.3 Luftschadstoffmessung entlang der Rheinuferstraße
3822/2009
- 7.4 Prioritätenliste Fahrgastunterstände - Aktualisierung
4898/2009
- 7.5 Aktionsplan urbane Mobilität der EU-Kommission
4624/2009
- 7.6 Busführung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz
4879/2009

- 7.7 Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Ehrenfeldgürtel und Innere Kanalstraße,
I. Bauabschnitt von Ehrenfeldgürtel bis Piusstraße/Fuchsstraße
hier: Planungsänderung zu Gunsten von zusätzlichen Außengastronomieflächen
4564/2009

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Gestaltungselemente Breslauer Platz
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Optimierung der Kreuzung Dürener Straße/Gürtel
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Parkhaus Rheinauhafen
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.4 Nord-Süd Stadtbahn - Querung der Rheinuferstraße
Anfrage des RM Möring
- 8.5 Konjunkturprogramm
Anfrage des SE Schmitz
- 8.6 Verlagerung des Großmarktes in den Kölner Westen
Anfrage des SE Schmitz
- 8.7 Haltestelle Hansaring, östlicher Zugang
Hinweis des SE Vietzke
- 8.8 Gestaltung der Dürener Straße/Innere Kanalstraße
Anfrage des RM Tull
- 8.9 Mängel in der U-Bahnhaltestelle Ebertplatz
Anfrage des RM Noack
- 8.10 Mitgliedschaft der Vertreter des Integrationsrates in den Fachausschüssen
Anfrage des SE Toprakci
- 8.11 Weihnachtsverkehr in der Kölner Innenstadt
Anfrage des SB Schiele
- 8.12 Radwege entlang der Inneren Kanalstraße
Anfrage des RM Zimmermann
- 8.13 Buslinie 133 und 132
Anfrage des SB Arenz
- 8.14 Sanierung der Fuß- und Radwege im Vorgebirgspark
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Verkehrsausschuss 4473/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014 Frau Angela Krause zur Schriftführerin und Frau Marianne Michels zur stellvertretenden Schriftführerin.

Zur Unterstützung der Schriftführung werden die Sitzungen des Verkehrsausschusses – analog dem Verfahren im Rat - auf Band aufgezeichnet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

B Verpflichtung von sachkundigen Einwohner und Einwohnerinnen sowie Bürgern und Bürgerinnen

Ausschussvorsitzender Waddey verpflichtet Frau Steiner sowie die Herren Arenz, Czernik, Krämer, Möller, Preckel, Schiele, Schmitz, Staudenherz, Vietzke sowie Werner als Sachkundige Einwohner/Einwohnerinnen bzw. Bürger des Verkehrsausschusses nach § 58 Gemeindeordnung i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

C Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.10.2009 betreffend Verkehrliche Optimierung im Severinsviertel AN/1528/2009 Stellungnahme der Verwaltung 4296/2009

Die Beantwortung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2009 betreffend Ausbauplanung Gregor-Mendel-Ring/Belvedere-Str. AN/1707/2009 Stellungnahme der Verwaltung 4830/2009

Die Beantwortung wurde zur Sitzung umgedruckt.

Ausschussvorsitzender Waddey berichtet aus der Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates, dass die in Rede stehende Maßnahme lediglich unter „ferner liefern“ eingestuft wurde. Der Gregor-Mendel-Ring sei aus seiner Beobachtung stark befahren, die Belvedere-Straße sei jedoch in beide Richtungen lediglich eine Anlieger-

straße. Er stelle sich daher die Frage, ob die sehr umfangreiche Ausbaumaßnahme zwingend erforderlich sei.

BG Streitberger und Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führen hierzu aus, dass sich die Verkehrsverhältnisse durch die Ortsumgehung Lövenich deutlich verändert haben, ein Kreisverkehr den Verkehr entzerren würde und zudem ein wirksames Instrument der Geschwindigkeitsreduzierung sei; insofern unterstütze die Verwaltung die geplante Maßnahme. Darüber hinaus seien die Verkehrsstörungen in den morgendlichen und abendlichen Spitzenzeiten erheblich.

RM Möring ergänzt, dass die Maßnahme lediglich auf Platz 80 der Prioritätenliste stehe und er daher um Mitteilung bitte, ob die Stadt Einfluss auf die Ermittlung des Prio-Wertes habe.

BG Streitberger verweist auf die regelmäßigen Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau und sagt zu, in diesem Rahmen nochmals auf die Dringlichkeit der Maßnahme hinzuweisen.

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.11.2009 betreffend Ortsumgehung Meschenich AN/1849/2009

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Busnetzplan 2009 Meschenich 4085/2009

RM dos Santos Herrmann spricht sich seitens der SPD-Fraktion für den Verwaltungsvorschlag aus. Zudem plädiert sie dafür, insbesondere den Stadtteil Meschenich zu untersuchen; dort herrsche ein besonderer Bedarf. Der Bezirksvertretung Rodenkirchen bittet sie diese Verwaltungsvorlage zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die ÖPNV-Erschließung von Meschenich im Rahmen der Überprüfung des Busnetzes Linksrheinisch-Süd zu prüfen und ggf. anzupassen. Diese Überprüfung ist für 2010 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67480/03 - Clouth-Gelände in Köln-Nippes hier: Prüfauftrag aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.12.2008, TOP 3.1 0295/2009

RM Tull führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass sie sich der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes vom Grundsatz her anschließen könne. Sinnvoll sei jedoch zuvor eine konkretere Planung als die vorliegenden groben Skizzen, da sie die Anlage von Kreisverkehren – ggf. mit kleineren Radien - durchaus für möglich halte. Sie bittet dies nochmals zu prüfen und dem hiesigen Ausschuss erneut vorzulegen.

RM Möring verweist im Namen der CDU-Fraktion auf die Argumentation der Verwaltung auf S. 3 der Vorlage, nach der ein Kreisverkehr im Bereich Niehler Straße/Xantener Straße ausgeschlossen sei. Auch für den Bereich Florastraße/Niehler Straße sei die Prüfung eines Kreisverkehrs negativ ausgefallen; er verweist hierzu auf die Ausführungen in Anlage 4 der Vorlage. Er frage sich, ob hier überhaupt noch Entscheidungsspielraum bestehe.

BG Streitberger bestätigt die Einschätzung, dass seitens der Verwaltung – nach hinreichender Prüfung - keine Kreisverkehre empfohlen werden können und die Tatsache, dass an der Florastraße/Wilhelmstraße Grundstücke verkauft wurden. Wenn der Ausschuss wünsche, dass eine erneute Untersuchung stattfinde, werde er dies nicht ablehnen; er bezweifle jedoch, dass diese zu einem anderen Ergebnis führen werde.

Seitens der SPD-Fraktion macht auch RM dos Santos Herrmann deutlich, dass ihr insbesondere Planskizze 2 zu ungenau sei. Zudem möchte sie geklärt wissen, wie viele Parkplätze wegfallen würden; insofern schließt sie sich der Anregung von RM Tull, die Beschlussfassung nochmals zurückzustellen, an.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage zurück an die Verwaltung zu geben und zunächst einen Ortstermin mit den Sprechern des Verkehrsausschusses und der Bezirksvertretung durchzuführen.

RM Möring greift nochmals seine Bedenken auf und merkt an, dass ein Ortstermin nur dann Sinn mache, wenn die Aussicht auf ein realisierbares Ergebnis bestehe. Zudem bittet er um Mitteilung, ob seitens der Verwaltung ein Rückkauf der Grundstücke an der Florastraße in Betracht gezogen werde.

SE Vietzke macht abschließend auf den Beschluss der Bezirksvertretung aufmerksam, nach dem auch ggf. der Knotenpunkt Niehler Straße/Blücher Straße in die Planungen mit einbezogen werden soll.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt. Die Verwaltung wird gebeten, zunächst einen Ortstermin mit den Sprechern des Verkehrsausschusses, der Bezirksvertretung sowie der KVB zu organisieren. Der Knotenpunkt Niehler Straße/Blücher Straße ist ggf. in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Sperrung Drehbrücke - Deutzer Hafen 1854/2009

Die Beschlussfassung wurde zu Beginn der Sitzung mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die Fraktion pro Köln zurückgestellt.

4.3 Südliche Ringe Süd
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Knoten Ubierring/Alteburger Straße und Ubierring/Mainzer Straße
0063/2009

RM Tull verweist auf die Diskussionen im ersten Beratungsgang und das Votum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Variante 1. Ihre Bitte sei jedoch weiterhin, Aufstellflächen entlang der Gleise anzulegen. Zudem möchte sie auf die Errichtung einer Anforderungsampel für Fußgänger und Radfahrer verzichten.

Für die SPD-Fraktion schließt sich RM dos Santos Herrmann grundsätzlich dem Vorschlag ihrer Vorrednerin an. Sie befürchte jedoch, dass es immer wieder zu Stauungen im Pkw-Verkehr komme zu Zeiten, in denen weniger Fußgänger und Radfahrer unterwegs seien. Sie bittet um Mitteilung, ob die Lichtsignalanlagen dementsprechend flexibel geschaltet werden können.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, greift die Anregung des RM Tull zur Anlage einer Aufstellfläche zwischen Gleisen und stark befahrener Straße auf, und führt aus, dass auf diese aus Sicherheitsgründen bewusst verzichtet wurde. Er vermute zudem, dass die technische Aufsichtsbehörde hierzu auch keine Genehmigung erteilen werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass die Zwischenzeiten für Fußgänger großzügig bemessen und die Aufstellflächen von daher nicht notwendig seien; die Grünzeiten betragen ca. 15 Sekunden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt abschließend Variante 1 – jedoch ohne Aufstellfläche und Anforderungsampel – zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Knotenpunkt Ubierring/Alteburger Straße gemäß Anlage 2.1, Variante 1 (LSA, Seitenlage) die Ausbauplanung zu erstellen und die Maßnahme im Rahmen des Projektes Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe von der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG) zeitnah nach Fertigstellung der Stadtbahnhaltestelle Chlodwigplatz auf dem Ubierring umsetzen zu lassen.

Die Planung des Knotens Ubierring/Mainzer Straße sollte in gleicher Weise/Variante erfolgen wie die der Alteburger Straße. Der signalisierte Fußgängerüberweg an der heutigen Haltestelle Ubierring entfällt. Dieser Bereich wird einstreifig umgebaut.

mit dem Zusatz:

Auf die Errichtung einer Anforderungsampel und Aufstellfläche für Fußgänger wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Emdener Straße
5374/2008

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, sich der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes anzuschließen.

Beschluss (Alternative i.S.d. Bezirksvertretung Nippes):

Der Verkehrsausschuss beschließt das vorgelegte Planungskonzept für die Geestemünder Straße von der Neusser Landstraße bis zur Emdener Straße.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung für die Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Emdener Straße auf der Grundlage der Vorentwurfsplanung die Entwurfs- und Ausführungsplanung für die straßenbaulichen und lichtsignaltechnischen Maßnahmen zu erstellen und die Finanzierung für den Ausbau sicherzustellen.

Die Verwaltung wird im Rahmen der weiteren Planungen gebeten abschließend zu prüfen, ob der Knotenpunkt Neusser Landstraße / Geestemünder Straße abweichend von den gutachterlichen Empfehlungen als Kreisverkehr ausgebaut werden kann. Falls ein solcher Ausbau möglich sein sollte, soll der Knotenpunkt bei der weiteren Planung als Kreisverkehr berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.5 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring 3249/2009

RM dos Santos Herrmann weist seitens der SPD-Fraktion auf die finanziellen Auswirkungen hin und dass diese Maßnahme auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert werden sollte.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt RM Tull aus, dass diese nicht die Verwaltungsempfehlung sondern vielmehr die Alternative 2 präferiere. Es mache keinen Sinn, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen, indem die Messstelle „ausgetrickst“ werde; dies sei nicht Ziel führend und das Problem werde hierdurch nicht gelöst.

Auch Ausschussvorsitzender Waddey äußert angesichts der prekären Haushaltslage Bedenken hinsichtlich des hohen Investitionsbetrages dieser Maßnahme. Das Verfahren solle jedoch nicht aufgehoben werden. Er schlägt daher vor, die Beschlussvorlage zunächst in die weiteren Gremien zu verweisen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass die umweltsensitive Lichtsignalanlagesteuerung Bestandteil des Luftreinhaltplanes und die Verwaltung insofern verpflichtet sei, dies umzusetzen. Die in Rede stehende Schaltung habe eine deutlich größere Wirkung als die reine Festlegung der Umweltzone an sich in diesem Bereich. Hohe Messwerte seien in verschiedenen Komponenten wie Bränden, Schiffsverkehr, Pkw-Verkehr, Braunkohlekraftwerk begründet; am Clevischen Ring seien jedoch die höchsten Messwerte in Köln zu verzeichnen. Es gehe nun darum, diese mindestens um 1/3 bis auf die zulässigen Werte zu senken. Nach seiner Einschätzung könne hierzu auf die umweltsensitive Lichtsignalanlagesteuerung nicht verzichtet werden.

RM Möring pflichtet für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Harzendorf bei. RM Tull widerspricht er dahingehend, dass es sich hierbei nicht um ein Austricksen der Messstation handele. Auch die restriktive Alternative 2 führe lediglich zu einer Verlagerung des Verkehrs, da der Lkw-Verkehr Richtung Autobahn zwangsläufig in andere bewohnte Stadtteile ausweichen werde. Solange der Verkehr nicht in Gänze reduziert werden könne, fänden bei allen anderen Maßnahmen lediglich Verlagerungsprozesse statt. Die Kernfrage sei nun, wie das Ziel, Senkung der Schadstoffwer-

te, erreicht werden könne. Aus seiner Sicht käme man mit der umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung diesem Ziel ein wesentliches Stück näher.

Seitens der FDP-Fraktion schließt sich RM Kirchmeyer ihrem Vorredner an, weist jedoch darauf hin, dass die Verlagerung von Verkehren auch eine erhebliche Entlastung für die vor Ort betroffenen Anwohner darstelle und dies insofern durchaus unterstützenswert sei.

Bezug nehmend auf die Erläuterungen von Herrn Harzendorf weist RM Tull darauf hin, dass auch ein Durchfahrtsverbot für Lkws eine Maßnahme des Luftreinhaltplanes sei; von daher sei die Realisierung der Ampel nicht zwingend. Vor Umsetzung dieser sehr kostenintensiven Maßnahme sollte aus ihrer Sicht überlegt werden, wie der Lkw-Verkehr, der auch zur Umgehung der Mautgebühren durch das Stadtgebiet abkürze, reduziert werden könne. Auch die Behinderungen bzw. langen Wartezeiten des querenden Verkehrs seien ein weiteres wesentliches Argument gegen die Lichtsignalanlagesteuerung.

Herr Harzendorf betont hierzu, dass in der im Vorfeld durchgeführten Untersuchung die gesamten Verkehre betrachtet worden seien; andernfalls hätten keine seriösen Aussagen über die Wirkung getroffen werden können. Die positiven Auswirkungen der Lichtsignalanlagesteuerung überwiegen jedoch die Folgen für die querenden Verkehre bedeutend und insofern sollte diesen der Vorrang eingeräumt werden. Bei einem Durchfahrtsverbot für Lkws hingegen können diese beispielsweise den Niehler Hafen vom östlichen Zubringer aus nicht mehr erreichen. Herr Harzendorf räumt ein, dass die ganze Problematik in der Tat eine sehr schwierige sei und alle Aspekte der zur Diskussion stehenden Maßnahmen wohl und genau durchdacht werden sollten. Fakt sei jedoch, dass die Verwaltung verpflichtet sei, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen. Auf Frage des Ausschussvorsitzenden Waddey teilt er abschließend mit, dass die erforderlichen Mittel im Haushaltsplanentwurf bereits veranschlagt seien.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zunächst in den Ausschuss Umwelt und Grün sowie die Bezirksvertretung Mülheim zur Anhörung .

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.6 Car-Sharing-Plätze im öffentlichen Raum 5678/2008

Vom Grundsatz her begrüßt RM Tull für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltungsvorlage. Angesichts der wachsenden Anmeldezahlen bei den Car-Sharing-Unternehmen bezweifle sie jedoch, dass die Planungen auf längere Zeit ausreichend seien; sie bittet die Verwaltung daher, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen um ggf. weitere Maßnahmen zu ergreifen.

RM Möring schließt sich seitens der CDU-Fraktion im Wesentlichen dem positiven Votum an, weist jedoch kritisch darauf hin, dass die Art der Festlegung zur Nutzung des öffentlichen Straßenlandes und das Entgelt hierfür als problematisch angesehen werden. Bei dem vorliegenden Modell handele es sich um eine Form, die juristisch noch nicht in Gänze abgesichert sei. Zudem habe er Zweifel, ob der Standort „ÖPNV-Knoten“ der Richtige sei; vielmehr seien Standorte in Wohngebieten oder an zentralen Zugangsmöglichkeiten in Wohngebieten aus seiner Sicht besser geeignet und Ziel

führender. Darüber hinaus halte er aus Gründen der Gleichbehandlung bei mehreren Anbietern die Begrenzung auf 10 % für problematisch. Die vorgesehenen Entgeltregelungen zwischen 60 € und 120 € seien nach Auffassung seiner Fraktion nicht angemessen, wenn man die sonst erwirtschafteten Parkgebühren zu Grunde legt.

RM Kirchmeyer bestätigt für die FDP-Fraktion diese Bedenken. Auch halte sie einen Car-Sharing-Standort im Zentrum der Stadt für nicht zwingend erforderlich. Sie könne der Verwaltungsvorlage in der heute vorliegenden Fassung nicht zustimmen.

Die Ausführungen von RM Möring aufgreifend macht RM Tull deutlich, dass der Begriff „ÖPNV-Knotenpunkt“ nicht zu eng ausgelegt werden dürfe; es können in den Außenbezirken auch durchaus Bushaltestellen in Betracht gezogen werden. Die vorgesehenen Entgelte orientieren sich nach ihrem Verständnis an den Kosten, die ein vergleichbarer Stellplatz in einer Tiefgarage oder auf einem Privatgelände verursachen würde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass die Nutzer von Car-Sharing sicherlich aus Wohngebieten kommen. Es gebe jedoch auch viele Unternehmen, die das Angebot nutzen und für diese sei eine gute ÖPNV-Anbindung wichtig. Die Begrenzung auf 10 % sei in der Tat „gegriffen“; es könne hier noch nicht auf weiterreichende Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Die Anbieter sollen jedoch vorwiegend Plätze im privaten Bereich anmieten, damit der öffentliche Raum möglichst wenig belastet werde.

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die in der Vorlage aufgeführte Beschlussalternative aus seiner Sicht vielmehr eine Ergänzung darstelle. Die Einnahmeausfälle sollten sicherlich nicht außer Acht gelassen werden; jedoch müsse andererseits bedacht werden, dass künftig auch Plätze angeboten werden, die bisher nicht bewirtschaftet wurden.

RM Möring schlägt vor, die Beschlussfassung heute zu vertagen. Er bittet die Verwaltung, zunächst eine Kalkulation über die Kosten und Ertragsausfälle vorzulegen. Alternativ würde er beantragen, die Gesamtzahl der Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge im öffentlichen Straßenland von 10 % auf 5 % zu reduzieren.

Herr Harzendorf sagt zu, eine Art Beispielrechnung – für Deutz und evtl. für die möglichen Standorte Hansaring, Nußbaumer Straße, Ebertplatz – vorzulegen.

Abschließend bittet SB Möller die Verwaltung, künftig die Begriffe Park- und Stellplätze fachlich auseinander zu halten.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, zunächst anhand von Beispielrechnungen eine Kalkulation über mögliche Ertragsausfälle vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.7 Optimierung der Fußgänger- und Radfahrersignalisierung an den Lichtsignalanlagen Rheinauhafen 3238/2009

RM Tull verweist seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die vorliegende Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes und betont, dass sie sich der Kritik anschließen könne. Sie frage sich, warum diese Maßnahme nicht bereits zu einem frü-

heren Zeitpunkt umgesetzt wurde. Sie erhoffe sich nun sinnvolle Ampelschaltungen mit geringen Umlaufzeiten, d.h. keine Anforderungsampeln.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert, dass die vorliegenden Planungen bereits im hiesigen Ausschuss – im Rahmen einer Mitteilung - diskutiert wurden. Die Verwaltung benötige jedoch für die Umsetzung noch einen formellen Beschluss. Die Ampeln würden jedoch mit Anforderungstasten ausgestattet, da der Fußgängerverkehr auf der gesamten Strecke sehr unterschiedlich sei, wie die Verwaltung seiner Zeit bereits dargelegt habe.

RM Möring macht für die CDU-Fraktion deutlich, dass diese Maßnahme aufgrund der Kosten zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisiert werden sollte. Seine Fraktion plädiere für ein Zurückstellen der Maßnahme.

RM Tull schlägt vor, die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt zu verweisen, betont jedoch nochmals nachdrücklich, dass ihre Fraktion keine Anforderungsampeln wünscht.

Auf Nachfrage des RM Kirchmeyer stellt Herr Harzendorf klar, dass die in Rede stehende Maßnahme sich nur auf den die Rheinuferstraße querenden Fußgängerverkehr beziehe.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt zur Anhörung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Machbarkeit einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke im Bereich des Bahnübergangs an der Porzer Ringstraße in Köln-Porz-Westhoven 3274/2009

RM dos Santos Herrmann führt seitens der SPD-Fraktion aus, dass dieser Vorschlag bereits vor einem Jahr im Rahmen der Vorstellung des B-Planes Langendahlweg in Köln-Ostheim andiskutiert wurde. Von den Bürgern wurde seiner Zeit jedoch angeregt, eine Brücke für den Pkw-Verkehr zu errichten. Den Verwaltungsvorschlag halte sie zwar grundsätzlich für eine gute Idee, angesichts der desolaten Haushaltslage erscheine ihr eine Realisierung jedoch unmöglich; gleichwohl sollten jedoch die Bezirksvertretungen Kalk und Porz angehört werden.

Für die FDP-Fraktion macht RM Kirchmeyer deutlich, dass auch ihr jeglicher Kosten-Nutzen-Faktor fehle. Angesichts der immensen Kosten und der baulichen Ausmaße dieser Brücke könne sie dem Beschlussvorschlag nicht folgen.

RM Möring weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass die Prüfung einer Brücke vom hiesigen Ausschuss vor geraumer Zeit selbst in Auftrag gegeben wurde. Jedoch komme auch seine Fraktion zu dem Ergebnis, dass diese Maßnahme angesichts der Kosten und der architektonischen Gestaltung nicht vertretbar sei. Dem Vorschlag, die Vorlage trotz der einhelligen Meinung zu verweisen, könne er sich anschließen. Er sei sich sicher, dass die Bezirksvertretungen die Maßnahme sachgerecht unter Berücksichtigung der Haushaltslage diskutieren werden.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt – die Diskussionen zusammenfassend – vor, die Verwaltungsvorlage abzulehnen, gleichwohl in die Bezirksvertretungen zu verweisen und auf Wiedervorlage zu verzichten, falls diese sich dem ablehnenden Votum des Verkehrsausschusses anschließen.

Beschluss (Alternative, mündlich ergänzt):

Der Verkehrsausschuss hebt aufgrund des Kosten/Nutzenfaktors den Beschluss zur Errichtung der Fußgänger- und Radfahrerbrücke auf, verweist die Vorlage jedoch zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Porz und Kalk und verzichtet auf Wiedervorlage, falls diese sich dem Votum des Verkehrsausschusses anschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.9 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahren
hier: Umgestaltung Severinstraße
4242/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung der Severinstraße zwischen der Straße An Sankt Katharinen und Chlodwigplatz fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.10 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, rechtsrheinische Rampe, oberstromseitige Fuß- und
Radwegbrücke
4682/2009**

SE Vietzke verweist auf die 12-wöchige Bauzeit und bittet um Mitteilung, ob in dieser Zeit Fußgänger die rechtsrheinischen Wendeltreppen nutzen können und ob zudem sichergestellt werden könne, dass für den Gegenrichtungsradsverkehr auf der unterstromigen Seite auch entsprechende Ausschilderungen angebracht werden, um beispielsweise auf den Gotenring zu gelangen.

BG Streitberger sagt eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Sanierung der oberstromseitigen Fuß- und Radwegbrücke auf der rechtsrheinischen Rampe der Severinsbrücke bei Gesamtkosten in Höhe von 390.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel sind im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen 2010 im Teilergebnisplan 1202 – Brücke, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt worden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.11 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Umgestaltung Venloer Straße (Innere Kanalstraße - Ehrenfeldgürtel)
4863/2009**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Umgestaltung der Venloer Straße zwischen der Inneren Kanalstraße und dem Ehrenfeldgürtel fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 Fernlinienbusbahnhof Breslauer Platz:
Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Planung eines Alternativ-Standortes
0811/2009**

RM dos Santos Herrmann legt seitens der SPD-Fraktion dar, dass diese angesichts der aktuellen Entwicklung am Breslauer Platz keine Dringlichkeit sehe, die Vorlage heute zu beschließen. Darüber hinaus möchte sie die verkehrlichen Auswirkungen des von der Verwaltung vorgeschlagenen Standortes auf die Frankfurter Straße Richtung Hochkreuz einerseits und Richtung Ostheim andererseits detaillierter untersucht haben. In diesem Zusammenhang sollte daher auch die Bezirksvertretung Kalk in die Beratungsfolge mit aufgenommen werden. Zudem gehe aus der Vorlage hervor, dass der Flughafen der optimale Standort sei; sie bitte nachdrücklich, hier nochmals Verhandlungen mit diesem aufzunehmen.

Für die CDU-Fraktion merkt RM Möring an, dass auch diese noch Beratungs- und Klärungsbedarf habe. Seit einigen Wochen gebe es eine veränderte juristische Grundlage im Hinblick auf die Fernlinien. Bisher habe es quasi ein Konkurrenzverbot der Fernlinien zur DB gegeben. Dieses sei nun weggefallen; in der Vorlage sei dieser Aspekt jedoch nicht berücksichtigt worden. Ihm stelle sich die Frage, ob ein Busbahnhof in einer peripheren Lage für die neue Entwicklung gerüstet sei und nicht vielmehr ein Innenstadt naher Standort gewählt werden sollte – wobei er jedoch auch keinen benennen könne.

Auch RM Tull weist darauf hin, dass aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Erweiterbarkeit des Standortes ein wesentliches Kriterium sei, da die künftigen Entwicklungen im Busverkehr heute noch nicht absehbar seien. Die Suche nach geeigneten Standorten halte sie daher für noch nicht abgeschlossen. Eine optimal vorhandene Infrastruktur mit ICE-Anbindung habe in der Tat das Flughafengelände; die Frankfurter Straße hingegen sei „lediglich“ an die S-Bahn angebunden. Sie schließe sich daher der Anregungen der SPD-Fraktion an, sich nochmals intensiv um einen Standort am Flughafen zu bemühen.

BG Streitberger stellt klar, dass hinsichtlich der Liberalisierung des Fernlinienbusverkehrs zwar keine neue Gesetzeslage existiere, jedoch eine entsprechende Absicht der

Bundesregierung bestehe. Dies habe die Verwaltung jedoch bereits in die Vorlage eingearbeitet und dargestellt, dass künftig ein höherer Platzbedarf benötigt werde; insofern sei der Breslauer Platz nicht geeignet. Mit dem Flughafen habe die Verwaltung, insbesondere Herr Harzendorf, intensive und mit der gebotenen Eindringlichkeit Gespräche geführt, die allerdings bedauerlicher Weise zu keinem Ergebnis geführt haben. Er könne jedoch zusagen, erneut Kontakt mit dem Flughafen aufzunehmen und auch die verkehrlichen Aspekte für die Frankfurter Straße nochmals zu überprüfen und darzulegen. Obwohl – wie von RM dos Santos Herrmann bereits angesprochen – die Verlagerung nicht mehr so zeitdringlich sei, bitte er aus Gründen der Planungssicherheit um eine zügige Entscheidung in dieser Angelegenheit.

Ausschussvorsitzender Waddey weist auf die Situation in anderen europäischen Ländern hin. In den seltensten Fällen seien die Busbahnhöfe dort in der Nähe des Hauptbahnhofes gelegen. Vielmehr erscheine auch ihm der Kölner Flughafen mit seiner Infrastruktur, den Geschäften, Hotels etc. ideal und er könne sich durchaus vorstellen, auch andere Flächen als den ehemaligen Busbahnhof am Flughafen in Betracht zu ziehen. Er vertrete die Auffassung, dass der Fernlinienbusverkehr künftig einen wesentlich größeren Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen einnehme als heute. Ggf. könne auch versucht werden, über die politischen Vertreter im Aufsichtsrat Einfluss zu nehmen.

BG Streitberger versichert nochmals, schriftlich an den Flughafen heranzutreten und der Beteiligungsverwaltung entsprechende Durchschriften zukommen zu lassen. Er gibt noch zu Bedenken, dass der Standort Gremberghoven nicht unbegrenzt zur Verfügung stehe, da es sich hier um private noch zu erwerbende Gewerbeflächen handle.

RM Kirchmeyer schlägt vor, den relevanten Punkt 3 des Beschlussvorschlages um den Standort Flughafen zu erweitern, um die Angelegenheit an den entscheidungsbefugten Stadtentwicklungsausschuss weitergeben zu können.

RM dos Santos Herrmann kann sich diesem Vorschlag anschließen, sofern dies keine Festlegung auf den Standort Frankfurter Straße bedeute. Zunächst sollten alle hier aufgeworfenen Fragen und Bedenken geklärt werden.

Bezug nehmend auf die bereits durchgeführten Standortuntersuchungen merkt BG Streitberger an, dass der Verkehr von der Autobahn komme und zur Autobahn abfließen werde. Den Bring- und Abholverkehr schätze die Verwaltung als eher gering ein.

RM Möring macht den Vorschlag, die Ziff. 1 und 2 zu beschließen und Ziff. 3 ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abweichender Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

1. Das Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsgutachtens zum Betrieb eines zentralen Fernlinienbusbahnhofes in Köln (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlagerung des Fernbusbahnhofes vom Breslauer Platz an einen anderen gut geeigneten Standort zu planen.

Darüber hinaus bittet der Verkehrsausschuss

- die Verwaltung, erneut Gespräche mit dem Flughafen zu führen und versuchen darauf einzuwirken, dass dort Flächen für die Einrichtung eines Fernlinienbusbahnhofes zur Verfügung gestellt werden
 - hinsichtlich des potenziellen Standortes Gremberghoven erneut die Verkehrsauswirkungen auf die Frankfurter Straße zu überprüfen und darzustellen
 - die Bezirksvertretung Kalk in die Beratungsfolge mit aufzunehmen
- und verweist Ziff. 3 des Beschlussvorschlages ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen; Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht 0370/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beauftragt die Verwaltung bei der Möglichkeit einer zeitgleichen Instandsetzung von sanierungsbedürftigen Fahrbahn-, Geh- und Radwegoberflächen im Zusammenhang mit Aufgrabungen durch die Versorgungs- und Telekommunikationsunternehmen, weiterhin die Wertgrenze für freihändige Vergaben auf 30.000 Euro netto anzuheben und Aufträge ohne Angebotsbeziehung an die von den Unternehmen beauftragten Firmen zu vergeben, sofern dies aus praktischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll ist.

Beschlussgegenstand ist ferner, dass für Fälle der beschriebenen Ausgangskonstellation das Amt für Straßen und Verkehrstechnik generell von der Verpflichtung zur Einholung von drei Vergleichsangeboten entbunden wird. Es besteht jedoch die Verpflichtung, Aufträge, deren Auftragswert über dem Mittelpreisspeicher liegen und Fälle, deren Auftragswert über 10.000 Euro liegt, vor Auftragserteilung dem Zentralen Vergabeamt vorzulegen. Das Rechnungsprüfungsamt erhält halbjährlich eine Beauftragungsliste.

Zukünftig wird statistisch erfasst, wann eine Maßnahme nicht (zum Beispiel wegen nicht akzeptablem Angebot) im Zusammenhang mit Arbeiten der Versorgungsträger durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen 1490/2009

RM Tull merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die sehr umfangreiche Verwaltungsvorlage nicht ganz einfach zu verstehen sei; von Interesse für den hiesigen Ausschuss sei lediglich, welche Anlagen bestehen bleiben und welche Anlagen abgebaut werden sollen. Dies sei jedoch der Vorlage nicht auf Anhieb zu entnehmen. Hilfreich wäre eine entsprechende Liste, die zudem auch den Bezirksvertretungen vorgelegt werden sollte.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert, dass die gewünschten Daten in der Anlage 2 aufgelistet seien. Die Listen seien sehr umfangreich, da sie das gesamte Stadtgebiet umfassen. Er könne jedoch anbieten, zur besseren Übersichtlichkeit die Listen auf die Maßnahmen, die in den nächsten zwei Jahren durchgeführt werden sollen, zu begrenzen.

RM Möring wendet für die CDU-Fraktion ein, dass das Programm zum Ersatz von Lichtsignalanlagen durch Kreisverkehre im hiesigen Ausschuss bereits beschlossen wurde und er davon ausgehe, dass die Verwaltung jeden Einzelfall prüfe. Er warnt davor, nun weitere Listen dieser Art „frühzeitig“ in die Bezirksvertretungen zu geben und erinnert an die seiner Zeit gemachten, äußerst langwierigen Erfahrungen.

RM Kirchmeyer teilt diese Befürchtungen zwar; gleichwohl bittet sie jedoch, die Bezirksvertretungen nicht zu übergehen.

RM Tull konkretisiert ihre Ausführungen dahingehend, dass sie ein Konzentrat aus dieser Vorlage haben möchte, welche Anlagen durch neue Anlagen ersetzt bzw. erneuert werden. Zudem seien die vorliegenden Listen nicht aktuell; beispielsweise sei die Anlage Vogelsanger Straße/Leyendeckerstraße/Helmholtzstraße bereits seit geraumer Zeit abgebaut.

Auch RM van Geffen wünscht, dass die Voten der Bezirksvertretungen vor Ort eingeholt werden sollten – mindestens im Rahmen einer Mitteilung.

BG Streitberger äußert seine Bedenken zu dieser Anregung. Er versichert, dass die Verwaltung in jedem Einzelfall prüfe, ob bei einem Abbau einer Lichtsignalanlage ein Kreisverkehr angelegt werden könne. Hinsichtlich der Vorlage sagt er zu, diese zu überarbeiten und zu „entschlanken“, um dem Ausschuss eine klare Entscheidungsgrundlage zu geben.

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

5.4 Erneuerung von drei DB-Überbauten in der Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz 4098/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt die Möglichkeit, die Deutz-Mülheimer Straße im Bereich der Eisenbahnüberführungen zu verbreitern und beauftragt die Verwaltung, hierfür eine Machbarkeitsstudie unter den Aspekten Finanzen, Stadtplanung (Messe-City) und Betriebsführung durchzuführen. Eine abschließende Entscheidung

erfolgt nach Vorlage der Machbarkeitsstudie.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.5 207. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4605/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 207. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000 Venloer Straße, Umgestaltung sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes 4720/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Erhöhung der Gesamtkosten im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000, Venloer Straße, Umgestaltung zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 1.281.256,71 € statt bisher 1.100.000 €.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für neue Maßnahmen in Höhe von 247.471,25 € bei Finanzstelle 6604-1201-4-1000 Venloer Straße, (Innere Kanalstraße – Ehrenfeldgürtel), Umgestaltung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen Haushaltsjahr 2009.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-1-5607 - Severinstraße, Umgestaltung 4780/2009

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 525.000 € bei der Finanzstelle 6601-1201-1-5607, Severinstraße - Umgestaltung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2009.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Bebauung am Breslauer Platz
- Rahmenplanung-
2985/2009**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Bebauung am Breslauer Platz
- Verzögerung des Projektes durch Umlegung von Leitungstrassen der
DB AG -
4339/2009**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Streitberger weist ergänzend darauf hin, dass die Verwaltung trotz der drei Jahre Verzögerung kontinuierlich weiterplanen und arbeiten werde.

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob der Bau der geplanten Rampe zur Hohenzollernbrücke vorgezogen und somit unabhängig von der übrigen Bebauung des Breslauer Platzes realisiert werden könne.

BG Streitberger sagt zu, diese Anregung aufzunehmen und weiter zu verfolgen. Des Weiteren räumt er auf Frage des RM Möring ein, dass die beigefügte Karte der Leitungstrassen in der Tat von August 2008 sei, sie aber der Verwaltung bisher nicht bekannt gewesen sei.

**7.3 Luftschadstoffmessung entlang der Rheinuferstraße
3822/2009**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Prioritätenliste Fahrgastunterstände - Aktualisierung
4898/2009**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.5 Aktionsplan urbane Mobilität der EU-Kommission
4624/2009**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Busführung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz
4879/2009**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.7 Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Ehrenfeldgürtel und Innere
Kanalstraße,
I. Bauabschnitt von Ehrenfeldgürtel bis Piusstraße/Fuchsstraße
hier: Planungsänderung zu Gunsten von zusätzlichen Außengastrono-
mieflächen
4564/2009**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Gestaltungselemente Breslauer Platz
Anfrage des RM Kirchmeyer**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Verwaltung die verschiedenen Alternativen Anfang nächsten Jahres präsentieren werde.

**8.2 Optimierung der Kreuzung Dürener Straße/Gürtel
Anfrage des RM Kirchmeyer**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass die Ausschreibung kurz bevor stehe.

8.3 Parkhaus Rheinauhafen Anfrage des RM Kirchmeyer

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass das Parkhaus Rheinauhafen bereits seit zwei Jahren an das dynamische Parkleitsystem angeschlossen sei.

8.4 Nord-Süd Stadtbahn - Querung der Rheinuferstraße Anfrage des RM Möring

BG Streitberger führt aus, dass die entsprechende Verwaltungsvorlage bedauerlicher Weise nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte. Es habe sich zudem durch ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem Regierungspräsidenten ein neuer Aspekt ergeben, dem er nun schnellstmöglich nachgehen werde. Ggf. müsse über eine Sondersitzung im kommenden Jahr nachgedacht werden.

RM Möring erinnert an die bisherigen Diskussionen und die Aussage der Verwaltung, dass etwaige Vorsorgemaßnahmen für einen Tunnel bis spätestens Ende 2009 festgelegt werden müssen.

BG Streitberger bestätigt diese Aussage grundsätzlich, sagt jedoch zu, bei der KVB zu klären, ob ggf. eine spätere Entscheidung – bei einem Votum für den Tunnel – möglich sei. Die Verwaltung werde diese Alternative jedoch nicht empfehlen.

RM Möring kritisiert diese Ausführungen und verweist auf den Ratsbeschluss, nach dem die Tunnellösung als eine mögliche Variante vertiefend geprüft werden sollte. Die Verwaltung könne nicht aus eigener Kompetenz heraus diesen Beschluss ignorieren und dadurch unmöglich machen, dass sie ihn in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht vorlege.

BG Streitberger räumt ein, dass ihn die gegenwärtige Situation auch nicht zufriedenstelle. Er bemühe sich, nicht das zu verschlagen, was der Rat ihm aufgetragen habe.

Abschließend bittet RM Möring die Verwaltung, möglichst bald einen genaueren Zeitrahmen zu benennen, um diese Möglichkeit für eine Entscheidung noch offen zu halten.

8.5 Konjunkturprogramm Anfrage des SE Schmitz

BG Streitberger teilt mit, dass im Juni ein entsprechender Ratsbeschluss über die geplanten Maßnahmen – im Wesentlichen Lärmschutz an Straßen und energetische Erneuerung von Bildungseinrichtungen - gefasst wurde. Die ersten Ausschreibungen werden in Kürze veröffentlicht. Die beiden einzigen Maßnahmen zur Erneuerung von Straßenoberflächen seien die Rheinuferstraße zwischen Hohenzollernbrücke und Zoobrücke sowie die Boltensterstraße.

8.6 Verlagerung des Großmarktes in den Kölner Westen Anfrage des SE Schmitz

SE Schmitz bittet um Mitteilung, wann mit der Vorlage des entsprechenden Verkehrsgutachtens zu rechnen sei. In diesem Zusammenhang sei ihm auf der Internetseite einer Bürgerinitiative aufgefallen, dass dort bereits Details bekannt seien, u.a. die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes.

BG Streitberger stellt klar, dass die abschließende Entscheidung zur Verlagerung des Großmarktes vom Rat bereits in 2006 getroffen wurde. Er gehe davon aus, dass das mit den Nachbargemeinden zu erstellende Gutachten über die verkehrlichen Auswirkungen erst Mitte des nächsten Jahres vorliegen werde; auf welchem Wege Details hieraus bereits bekannt geworden seien, könne er nicht nachvollziehen. Das von SE Schmitz angesprochene Gebiet östlich der Militärringstraße halte die Verwaltung für die Bewältigung der Großmarktverkehre für nicht wesentlich relevant.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass zunächst die ersten Ergebnisse des Gutachtens abgewartet werden müssen. Ggf. könne das Untersuchungsgebiet dann im weiteren Verfahren noch ausgeweitet werden.

8.7 Haltestelle Hansaring, östlicher Zugang Hinweis des SE Vietzke

SE Vietzke moniert den Zustand des östlichen Zugangs der Haltestelle Hansaring.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, sagt zu, diesen Hinweis aufzugreifen und Abhilfe zu schaffen.

8.8 Gestaltung der Dürener Straße/Innere Kanalstraße Anfrage des RM Tull

RM Tull erinnert an den Beschluss zur fußgänger- und radfahrerfreundlichen Gestaltung der Dürener Straße/Innere Kanalstraße einschließlich besserer Wegebeziehungen. Sie bittet um Mitteilung, wann die Planungen im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden und ob ggf. im Rahmen der neuen Unibuslinie eine Haltestelle in diesem Bereich realisiert werden könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Planungen in Kürze vorgestellt werden können. Er schlägt vor, zunächst die Erfahrungen mit der Buslinie abzuwarten und eine Haltestelle ggf. zu einem späteren Zeitpunkt einzurichten.

8.9 Mängel in der U-Bahnhaltestelle Ebertplatz Anfrage des RM Noack

BG Streitberger berichtet, dass die Mängel in der Haltestelle bereits im April behoben wurden; die Arbeiten wurden nachts durchgeführt.

8.10 Mitgliedschaft der Vertreter des Integrationsrates in den Fachausschüssen Anfrage des SE Toprakci

SE Toprakci moniert, dass er in den Sitzreihen der heutigen Sitzung des Verkehrsausschusses nicht „vorgesehen“ sei. Nach seinem Verständnis bestehe die Mitgliedschaft in den Fachausschüssen bis zur nächsten Wahl des Integrationsrates, d.h. Anfang kommenden Jahres.

Ausschussvorsitzender Waddey bittet die Verwaltung, dies zu prüfen.

8.11 Weihnachtsverkehr in der Kölner Innenstadt Anfrage des SB Schiele

SB Schiele moniert, dass der Weihnachtsverkehr nicht reibungslos funktioniere und es vergangenen Sonntag, gegen 17/18 Uhr, beispielsweise zu Stauungen im Pkw-Verkehr und zu halbstündigen Verspätungen der Buslinie 132 zwischen Andreaskloster und Heumarkt gekommen sei. Durch die Funkmeldungen der Busfahrer an die Leitstellen hätte hier kurzfristig reagiert werden können und müssen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass - wie auch in den Vorjahren - im Bedarfsfalle Einzelmaßnahmen getroffen werden. Nach seiner Beobachtung habe dies auch am Samstag funktioniert und es sei vergleichsweise sehr unproblematisch gewesen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, betont, dass in der Vorweihnachtszeit ein hohes Verkehrsaufkommen in allen Bereichen bestehe und eine gute Abstimmung mit der Stadtverwaltung und der Polizei erfolge. Dass es in Einzelfällen zu Problemen komme, lasse sich nicht vermeiden; die Situationen entstünden kurzfristig und es werde dementsprechend situativ reagiert.

8.12 Radwege entlang der Inneren Kanalstraße Anfrage des RM Zimmermann

BG Streitberger teilt mit, dass für die Reinigung incl. Beseitigung des Herbstlaubes der Radwege entlang der Inneren Kanalstraße die Stadtverwaltung zuständig sei; teilweise sei die Reinigung auch auf die Abfallwirtschaftsbetriebe übertragen worden. Er sagt zu, diesen Hinweis aufzugreifen.

8.13 Buslinie 133 und 132 Anfrage des SB Arenz

Herr Höhn, Vertreter der KVB, und Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, beantworten einen Fragenkomplex zu den Buslinien 133 und 132.

Ausschussvorsitzender Waddey merkt abschließend an, dass derart umfangreiche Fragen vorzugsweise schriftlich eingereicht werden sollten.

8.14 Sanierung der Fuß- und Radwege im Vorgebirgspark Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

Ausschussvorsitzender Waddey verweist auf die Beschlussfassungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2008 und bittet um Mitteilung, wann mit einer Umsetzung zu rechnen sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass hier nicht nur eine Sanierung vorgenommen werden müsse, sondern vielmehr eine Ausführungsplanung erstellt und eine entsprechende Ausschreibung im kommenden Frühjahr erfolgen müsse.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez.

gez.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)